

Der deutsche Herbst 1989

Ein persönlicher Rückblick von Franz-Viktor Salomon

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 jährt sich in diesem Herbst zum zwanzigsten Mal. Zwei Jahrzehnte sind für den einzelnen Menschen eine lange Zeit, etwa die Hälfte seines Berufslebens. In zeitgeschichtlicher Dimension sind zwanzig Jahre nicht viel mehr als ein Augenblick. Die Beschreibung solcher „noch rauchender Geschichte“ gebietet Zurückhaltung und lässt nur das Erzählen des selbst Erlebten und dessen persönliche Kommentierung zu. Der Wert dieser „oral history“ wird sehr unterschiedlich beurteilt. Der Autor dieses Rückblicks veranschlagt ihn hoch. Nur aus einer großen Anzahl individueller biographischer Notizen, kann ein zutreffendes Bild des Alltags einer Epoche entstehen.

Nach zwanzig Jahren haben sich manche Wogen des euphorischen Überschwangs des Herbstes '89 geglättet, manche Enttäuschungen sind verarbeitet und manche Wunden vernarbt. Die meisten Menschen, die das Ende der DDR und den Weg in die deutsche Wiedervereinigung bewusst erlebt haben, leben noch. Ihre erzählte Geschichte in all ihrer gegensätzlichen Sicht ist der Rohstoff, aus dem künftige Historiker bei der geschichtlichen Betrachtung des Deutschlands der Jahre 1945 bis 1990 schöpfen werden.

In diesem Sinne sind die hier angestellten Reflexionen zur vierzig Jahre währenden deutschen



Foto: York, Fotolia

Teilung und ihrer glücklichen Überwindung ganz persönlicher Natur. Sie nehmen keinen konkreten Bezug auf historische Quellen und erheben keinen historiographischen Anspruch.

Republik zu keiner Zeit demokratisch legitimiert

An der nicht vorhandenen demokratischen Legitimation der DDR bestand von Anfang an kein Zweifel. Der ostdeutsche Teilstaat war

eine Schöpfung der Sowjetunion, die ihr Imperium im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges bis in die Mitte Europas ausdehnen wollte.

Gewiss gab es nicht wenige Menschen, die nach den schrecklichen Erfahrungen des Krieges eine gesellschaftliche Alternative in einer sozialistischen Entwicklung sahen. In der Erinnerung des dem Jahrgang 1943 angehörenden Autors waren diese aber zu keiner Zeit in der Mehrheit. Von einer demokratischen Republik konnte daher

Am 1. Juli 1990 erfolgte die Wiederbegründung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Die hier gezeigten Bilder einzelner Kliniken mögen exemplarisch die enorme Aufbauleistung im wiedervereinigten Deutschland zeigen.



Chirurgische Tierklinik (links im Bild) und neue Klinik für Kleintiere (rechts im Bild) im November 2000.



Die alte Kleintierklinik im Juli 1993.

Chirurgische Tierklinik, Stallflügel (nach Dachsanierung) im Dezember 1993.



Fotos: F.-V. Salomon

nie die Rede sein. Selbst dem 1953 zehn Jahre alten Schüler blieb nicht verborgen, dass die große Mehrheit der Eltern seiner Schulkameraden mit den Aktivisten des von russischen Panzern niedergeschlagenen Arbeiteraufstandes von 1953 sympathisierte. Nicht anders war es beim Volksaufstand 1956 in Ungarn.

Chancengleichheit zu keiner Zeit gegeben

Zwar waren schon in den 50er Jahren die meisten Schüler Mitglied der Jungen Pioniere und später der FDJ¹⁾, noch aber nahmen etwa 90 Prozent am - vom Staat diskreditierten - Religions- und Konfirmandenunterricht teil. Die im Artikel 41 der bis 1968 geltenden ersten Verfassung der DDR garantierte Religionsfreiheit wurde immer aggressiver eingeschränkt. Die Ablehnung, an der staatlichen Jugendweihe teilzunehmen, mit dem abgeforderten Bekenntnis „als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauern-Staates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, für die Freundschaft mit dem Sowjetvolk einzutreten...“, wurde 1958 mit einer Nichtzulassung zur Oberschule (entsprach dem Gymnasium) beantwortet.

Nicht wenige Familien haben die DDR verlassen, weil ihren Kindern trotz guter und sehr guter schulischer Leistungen der gewünschte Bildungsweg aus politischen Gründen oder wegen verquaster Vorstellungen von einem Sozialproportz verweigert wurde. So sollten etwa Kinder von Ärzten nicht wieder Ärzte werden. Der akademische Nachwuchs sollte sich zu einem hohen Anteil aus Kindern der Arbeiterklasse

rekrutieren. Durchaus legitime Vorstellungen von sozialer Chancengleichheit wurden konterkariert, indem z. B. die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse nicht nur vom Merkmal einer Tätigkeit im produzierenden Bereich der Volkswirtschaft abhängig gemacht wurde. Hauptamtliche Parteifunktionäre und Angehörige der bewaffneten Organe beanspruchten unabhängig von ihrem tatsächlichen Beruf die automatische Zugehörigkeit zur so genannten führenden Klasse und sicherten sich damit deren Privilegien.

Verfassungsgemäße Rechte vom Staat zu keiner Zeit respektiert

Gegen elementare in der Verfassung der DDR von 1949 garantierte Rechte des Bürgers wurde durch die staatliche Macht permanent und eklatant verstoßen. So sicherte der Artikel 8 dieser Verfassung die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Postgeheimnis und das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen. Der Artikel 9 garantierte allen Bürgern dieses Staates das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht. Artikel 10 formuliert gar wörtlich: „Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern.“ Im Artikel 20 dieser Verfassung wird Bauern, Handel- und Gewerbetreibenden die Unterstützung bei der Entfaltung ihrer privaten Initiative zugesagt. Aus den wohlklingenden Versprechungen dieser Verfassung könnte noch lang und breit weiter zitiert werden.

Jeder, der die DDR jener Jahre erlebt hat und die Augen vor dem Unrecht nicht verschließen wollte, konnte sich ein sehr genaues Bild von der Wirklichkeit machen. Der Autor dieses Beitrages hat als Schüler der zehnten Klasse selbst erlebt,

wie zwei Mitschüler wegen Tragens von aus dem Westen stammenden „Ringelsocken“ von der Schule verwiesen wurden. Das Tragen von Blue Jeans wurde als Zeichen westlicher Dekadenz gewertet und an den Schulen untersagt. Bauern, die sich der Zwangskollektivierung standhaft widersetzen, wurden inhaftiert. Die so genannte Republikflucht und schon die Absicht dazu waren Straftatbestände, welche zu mehrjähriger Inhaftierung führten. Das politische Strafrecht machte selbst vor Minderjährigen nicht Halt.

Privaten Gewerbetreibenden und Unternehmern wurden mehr und mehr die Grundlagen wirtschaftlichen Handelns entzogen, um sie in Produktionsgenossenschaften zu zwingen bzw. sie über den Umweg einer so genannten staatlichen Beteiligung zu enteignen. Auch die tierärztliche Existenzform der privaten Niederlassung wurde zugunsten der *Staatlichen tierärztlichen Gemeinschaftspraxis* abgeschafft. Die Vorteile der fachlichen Spezialisierung und Arbeitsteilung in einer solchen Gemeinschaftspraxis wurden allerdings durch den Zwang, der bei ihrer Entstehung ausgeübt wurde, zum Teil wieder aufgehoben.

Bleiben oder gehen?

Diese politischen Verhältnisse waren es, die bis 1961 etwa drei Millionen Menschen der DDR veranlassten, das Land zu verlassen. Sie gingen nicht als Verräter, sondern sie verließen ihre Heimat voller Schmerz und Trauer. Sie gingen in Ungewissheit, ob sie ihre zurückbleibenden Eltern, Verwandten und Freunde je wieder sehen würden. Abend für Abend war im westlichen Rundfunk die Anzahl der Flüchtlinge zu hören, die sich am Tage im Notaufnahmelager Marienfelde meldete und auf ein freies und besseres Leben im Westen hoff-



Chirurgische Tierklinik, Stallflügel, im April 1995.



Medizinische Tierklinik, Stallflügel, im Februar 2003.



Medizinische Tierklinik im April 1992.



Medizinische Tierklinik im März 2001.

Fotos: F.-V. Salomon

te. Der Autor dieses Rückblicks hat als Kind viele Abschiede von Freunden der Eltern erlebt, die zu einem letzten Besuch mit der Mahnung kamen, nicht weitere Zeit in der Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse verstreichen zu lassen und sich ebenfalls auf den Weg zu machen.

Viele blieben, weil sie die alten Eltern nicht allein zurücklassen, das Grundstück, den Bauernhof oder den Handwerksbetrieb nicht verlassen oder sich von ihrem nach dem Kriege mühsam wieder erworbenen Mobiliar nicht trennen wollten. Und nicht wenige blieben, weil sie den Anspruch auf ihre Heimat nicht aufgeben wollten. In den 50er Jahren war die Hoffnung, dass die deutsche Teilung nur eine sehr kurze Episode sein würde, noch weit verbreitet. In Ansprachen westlicher Politiker an die Brüder und Schwestern in der Sowjetzone wurde diese Hoffnung genährt und unterschwellig oder offen auch zum Durchhalten aufgerufen. Im Übrigen hieß es selbst in der DDR-Verfassung im Artikel 1: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“. Politischer Druck und Unbehagen an den gesellschaftlichen Verhältnissen wurde von vielen in dem Wissen ertragen, dass es notfalls die Alternative einer Flucht in den Westen gibt.

Selbstkritische Reflexion über die Vergangenheit

Mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 wurde die Massenflucht ihrer Bewohner, welche die Existenz der DDR inzwischen akut bedrohte, gewaltsam gestoppt. Damit war die Möglichkeit, sich einem als unerträglich empfundenen Druck oder gar einer drohenden Verhaftung zu entziehen, schlagartig verbaut. Die Handlungsspielräume für den Einzelnen engten sich über Nacht auf ein Minimum ein und der Anpassungsdruck erhöhte sich bis zur existentiellen Bedrohung. Die politischen Machthaber konnten alle Rücksichten fallen lassen und jeden vor die Alternative stellen, sich zu fügen und ein wie auch immer geartetes Bekenntnis zu den politischen Spielregeln des Systems abzulegen oder rigorose Einschränkungen seiner beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten hinzunehmen.

Ganz wenige haben diesem Druck widerstanden, haben z. B. auf die Zulassung zur Oberschule und zum Studium verzichtet, und ertragen, dass ihnen auch bescheidene Karrieren verwehrt blieben. Diesen wenigen gebührt höchster Respekt.

Die Mehrheit derer, die in innerem Widerspruch zum politischen System der DDR standen, hat sich im Hinblick auf die Wahrung eigener Lebenschancen oder das Wohl ihrer Kinder mehr oder weniger angepasst. Es ist verständlich, dass diese Anpassung an das vor 1989 unabänderlich Erscheinende in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung oft ein wenig verdrängt wurde. Zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR sollte jedoch jeder die Souveränität finden, über eigenes Handeln und eigenes Versagen zu reflektieren. Dieser Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Fluchttunnel von Berlin

Propyläen Verlag in Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin
2008, 288 S., 19,90 €

Die ungefärbte lückenlose Aufarbeitung des DDR-Unrechts gehört bedauerlicherweise nicht zu den Stärken des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland. Umso mehr ist es den beiden Autoren Arnold und Kellerhof zu danken, dass sie sich auch Jahrzehnte danach dem Fluchtkapitel durch das unterirdische Berlin in den Jahren 1961 bis 1985 gewidmet haben. Immerhin haben durch den heimlichen Tunnelbau, etwa 60 an der Zahl, und durch den damit verbundenen Mut einiger Mitbürger etwa 300 Landsleute aus der früheren DDR den Weg in die Freiheit gefunden.

Beindruckend dabei sind die Beschreibungen der beim Tunnelbau unterhalb der Berliner Mauer aufgetretenen baulichen Schwierigkeiten, der Sicherheitsprobleme und der Denunziationen. Die anscheinend vollzählige Erfassung aller entlang des Todesstreifens von Pankow, Prenzlauer Berg über Mitte, Friedrichshain und Treptow erbauten Tunnelanlagen, aber auch jene, die die West-Berliner Bezirke Zehlendorf, Steglitz und Neukölln berührten, zeugen von sorgfältigen Recherchen.

Die Schilderung der auf sich genommenen Strapazen durch Grundwassereintritte, durch Fäkalien und Schmutzwasser führende Kanalisationsbereiche unterstreichen den unbeugsamen Willen aller Beteiligten, unter allen Umständen in die seitens der DDR vorenthaltene Freiheit zu gelangen. Auch die nüchterne Darstellung einzelner persönlicher Schicksale gereicht den Autoren zur Ehre und verlangt den Lesern Respekt ab.

Es wäre daher wünschenswert, wenn das Werk gerade jenen Mitbürgern nahegebracht werden könnte, die bis heute die Menschenrechtsverletzungen in der DDR durch Mauerbau, Todesstreifen, Verfolgung und Inhaftierung ignorieren oder bagatellisieren. Das Einzelschicksal des späteren Tierarztes Dr. Hartmut Stachowitz (S. 82 und 83), das mehrfach Gegenstand einer erschütternden und nachdenklich stimmenden Fernsehdokumentation gewesen ist, verdient dabei unsere besondere Aufmerksamkeit.

Der Rezensent, mit seiner Familie selbst Repressalien der SED-Diktatur ausgesetzt, begrüßte dankbar, dass kein geringerer als der Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, am 17. September 2008 in der Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund gemeinsam mit den erfolgreichen Autoren das auf Zeitzeugenaussagen, Stasi-Akten und beeindruckenden Fotos aufbauende Buch vorgestellt hat.

Dieter Großklauss, Berlin



wird umso besser gelingen, je weniger er von moralischen Richtern - besonders von solchen, die selbst nie durch Druck einer Diktatur in die Opportunismus-Versuchung geraten sind - begleitet wird.

Kollektivierung der Landwirtschaft und tierärztliches Berufsbild

Eineinhalb Jahre nach dem Mauerbau fand im Januar 1963 der VI. Parteitag der SED statt. Dieser erklärte den Beginn der 60er Jahre als „Abschluss der Hauptperiode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Als nunmehr erfüllte Ziele sah man die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schließung der Grenze an. Die mit massiven Repressionen durchgesetzte Kollektivierung stellte einen von den Machthabern gewollten Schritt der Annäherung an das sowjetische Gesellschaftsmodell dar.

Die neue Situation in der Landwirtschaft hatte natürlich auch Auswirkungen auf das Berufsbild des Tierarztes. Ihm wurde nun eine eigene Rolle beim angestrebten Aufbau des Sozialismus in der DDR zugewiesen. Zu diesem Zweck wurden grundlegende Veränderungen in Inhalt und Ablauf des Studiums der Veterinärmedizin eingeführt, die den

späteren Tierärzten eine engere Verbindung zur landwirtschaftlichen Produktionspraxis ermöglichen sollten. Auf die Details dieses Prozesses kann hier nicht eingegangen werden. Er beanspruchte mehrere Jahre.

Zwangsehe von Tiermedizin und Landwirtschaft

Schließlich unterstrich der VII. Parteitag der SED im April 1967 die Bedeutung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und formulierte als Aufgabe die „Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR“. Solche hölzernen terminologischen Konstrukte, auf denen bis zur Unerträglichkeit herumgeritten wurde, konnten nie wirklich mit Leben erfüllt werden.

Für die Tiermedizin bedeutete diese neue Hochschulpolitik im Jahre 1968 das Ende ihrer akademischen Eigenständigkeit. Handstreichartig wurden in Leipzig die Veterinärmedizinische und die Landwirtschaftliche Fakultät zum 1. Oktober 1968 zu einer Sektion Tierproduktion und Veterinärmedizin vereinigt. Ebenso verfuhr man in Berlin. Die Mehrheit der Veterinärmediziner hieß diese herbeigeführte Zwangsehe von Tiermedizin und Landwirtschaft nicht gut; vorsichtig vorgetragene Einwän-

de wurden jedoch von den Machthabern als Ausdruck der Engstirnigkeit und des unzureichenden Verständnisses für die Entwicklungsprozesse in der Landwirtschaft abgetan.

Die „68er“ - erlebt hinter dem „Eisernen Vorhang“

Die mit dem Jahr 1968 verbundene „68er-Bewegung“ erlebten die Deutschen westlich und östlich des „Eisernen Vorhangs“ sehr verschieden: Während in Westeuropa und den USA zu dieser Zeit die Friedensbewegung, die sexuelle Revolution und die Flowerpower- und Hippie-Bewegung das gesellschaftliche Leben bestimmten, mussten im sowjetischen Machtbereich die Menschen erleben, wie ihre Hoffnungen auf mehr Freiheit und Demokratie rigoros und brutal zerstört wurde. So wurde im Jahre 1968 die alte Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 durch eine neue ersetzt. Mit dieser neuen, ausdrücklich als sozialistisch deklarierten Verfassung wurden die freiheitlich-demokratischen Ansätze der bis dahin gültigen beseitigt. Der Verfassungstext wurde in Übereinstimmung mit der diktatorischen politischen Wirklichkeit gebracht. So wurde etwa aus der Formulierung des Artikels 10 der Verfassung von 1949, „Jeder Bürger ist berechtigt, auszuwandern“, nun das im Artikel 32 festgeschriebene Recht: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat im Rahmen der Gesetze das Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik“. Im Artikel 1 wurde der Führungsanspruch der „Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ festgeschrieben. Der Verfassungsentwurf wurde durch eine inszenierte „Volksaussprache“ und einen Volksentscheid, der angeblich eine Zustimmung von 95 Prozent brachte, „legitimiert“.

Das Ziel der Wiedervereinigung wurde noch nicht aus der Verfassung gestrichen. Im Artikel 8 wird das Ziel der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus formuliert. Erst in der dritten Verfassung der DDR von 1974 wurde die Wiedervereinigung offiziell aufgegeben.

Das Jahr 1968 brachte mit der Intervention des Warschauer Paktes in der CSSR eine große politische Enttäuschung. Die Bestrebungen der Prager Reformer unter Alexander Dubcek, einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht zu gestalten, wurden von sehr vielen Menschen in der DDR mit großer Sympathie begleitet. Die Niederschlagung des so genannten Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes in der Nacht zum 21. August 1968 beendete nicht nur die Hoffnung der Tschechen und Slowaken sondern aller Menschen, welche diesseits des eisernen Vorhangs auf mehr Freiheit und Demokratie hofften. Der Autor dieses Textes erinnert sich gut an das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, zu seinen eigenen Lebzeiten die Beseitigung von Mauer und Stacheldraht quer durch das eigene Vaterland noch zu erleben.



Den Einwohnern der DDR wurde eine Vielzahl von Grund- und Freiheitsrechten vorenthalten. Dazu gehörten neben der Rede- und Meinungsfreiheit sowie der Reisefreiheit u. a. auch die Gewissens- und Religionsfreiheit. Wer es dennoch wagte, sich offen zum christlichen Glauben zu bekennen (li. Bild: Taufe in der St. Markus-Kirche Leipzig, im Oktober 1966) oder gar die staatlich verordnete Jugendweihe seiner Kinder abzulehnen, musste mit erheblichen Repressalien rechnen. Diesen Kindern war der Zugang zum Studium ungeachtet ihrer schulischen Leistungen verwehrt – der Berufswunsch Tierärztin wäre also z. B. für dieses Mädchen niemals zu verwirklichen gewesen.

Chancen verspielt

Die rigorose Abriegelung der Westgrenze führte Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre zu einer gewissen Stabilisierung der DDR-Wirtschaft, die sich auch in einer leichten Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung mit Konsumgütern zeigte.

Im Mai 1971 war die Ablösung Walter Ulbrichts als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED durch Erich Honecker mit vorsichtigen Hoffnungen auf eine Lockerung der rigiden Politik der politischen Bevormundung aller gesellschaftlichen Bereiche verbunden. Mit großer Aufmerksamkeit wurde registriert, wie weit Schriftsteller und Künstler in der kritischen Auseinandersetzung mit dem „real existierenden Sozialismus“ gehen durften.

Wenn die DDR je eine Chance auf ihr Überleben als Staat hatte, dann hat sie diese aus der Sicht des Autors in den frühen 70er Jahren gehabt. Die Bevölkerung konnte nicht davonlaufen, die militärische Macht des Warschauer Paktes war riesig, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gab mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages ihren politischen Alleinvertretungsanspruch auf.

Jeder in der DDR lebende Deutsche, wie sehr er auch das politische System ablehnte, stand jetzt vor der Frage, ob er seinen Frieden mit diesem System machen und sich ins Unabänderliche fügen sollte oder ob er Wege suchte, dieses Land zu verlassen. Die am 1.



Fotos: E. Stähr

August 1975 unterzeichnete Schlussakte der KSZE-Konferenz²⁾ erweckte mit ihrem „Korb 3“ Hoffnungen, dass eine Ausreise aus der DDR legal möglich werden könnte.

Diese Hoffnungen erwiesen sich jedoch zunächst als trügerisch und so stand das Nachdenken über Möglichkeiten zum illegalen Verlassen des Landes auf der Tagesordnung der Diskussionen im Kreise der Familien sowie mit vertrauten und gleichgesinnten Freunden. Der Autor dieses Rückblicks erinnert sich lebhaft an die Erörterungen von Fluchtmöglichkeiten über die Ostsee, die er, am Rand der Boltenhagener Steilküste sitzend, den Blick auf die Küste von Schleswig-Holstein gerichtet, mit einem Freund geführt hat. Die Idee wurde letztlich verworfen, da angesichts des aggressiven Gebarens des Warschauer Paktes und seiner offenkundigen Stärke bei gleichzeitig als gering veranschlagtem Widerstandswillen des Westens eine Ausdehnung des sowjetischen Imperiums bis an den Atlantik im Verlaufe des nächsten Jahrzehnts nicht für unmöglich gehalten wurde.

Mit dem in blinder Selbstherrlichkeit vollzogenen Akt der Ausbürgerung des 1953 als Kommunist aus Hamburg in die DDR übergesiedelten Wolf Biermann nach seinem Konzert in Köln verspielte das Regime seine letzte Chance

²⁾ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Folge von blockübergreifenden Konferenzen der europäischen Staaten zur Zeit des Ost-West-Konfliktes

zur offenen Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Hatte die Kritik der Intellektuellen an den Verhältnissen in der DDR bis dahin oft noch einen den Sozialismus im Prinzip bejahenden Grundton, ging die Mehrheit der namhaften Schriftsteller, Künstler und Schauspieler nun auf offene bis radikale Distanz zur DDR. Die Unterzeichner des von Stephan Hermlin und Stefan Heym formulierten offenen Appells gegen Biermanns Ausbürgerung wurden mit Schikanen überzogen. Einige, u. a. der Schriftsteller Jürgen Fuchs, wurden inhaftiert oder durch Androhung von Haftstrafen zur Ausreise in den Westen gezwungen. Im Ergebnis des Ausbürgerungsaktes kam es zu einem kulturellen Ausbluten der DDR, von dem sie sich nicht mehr erholt hat.

Propagandistisch waren die 70er Jahre geprägt durch die vom VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 beschlossene „Hauptaufgabe“, „alles zu tun für das Wohl der Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“. Es sollte eine „immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse“ durch die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erreicht werden. So gestelzt diese Parolen auch klingen, hat doch die große Mehrheit der verantwortlichen Leiter in allen Bereichen der Volkswirtschaft, der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit aller Kraft um Erfolge in ihren Betrieben und Instituten gekämpft. Nicht selten haben sie mit ihrem Engagement ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt, um ihren Betrieb arbeitsfähig zu erhalten. In den Werkhallen und Labors wurde mit Fleiß und Improvisationswillen der Fortgang des Arbeitsprozesses gesichert. Das letztendliche Scheitern der realitätsfernen Wirtschaftspolitik des Regimes ist der arbeitenden Bevölkerung nicht anzulasten.

Entwicklung der Landwirtschaft und der Veterinärmedizin

Die Entwicklung der Landwirtschaft und der Veterinärmedizin in diesen Jahren weist einige Besonderheiten auf. Die wissenschaftlichen Einrichtungen der Tiermedizin hatten den Auftrag, den Vorlauf für die industriemäßige Produktion einer hoch entwickelten intensiven Landwirtschaft zu erarbeiten. Die erzielten Ergebnisse auf den Gebieten der Prophylaxe und Herdenbetreuung konnten sich nicht nur sehen lassen,

sondern nahmen im Westen sich erst Jahrzehnte später vollziehende Entwicklungen voraus. Die praktischen Tierärzte hatten die Aufgabe, die Landwirte bei der Gesunderhaltung der Tierbestände mit ihren gewaltigen Populationsgrößen zu unterstützen bzw. ihnen diese Zuständigkeit weitgehend „abzunehmen“. Damals traten eine Reihe ganz neuer (heute üblicher) Tiergesundheitsprobleme auf. Dass dabei eine Tiermedizin entstand, die immer mehr auf Prophylaxe, seuchenhygienische Vorsorge und Minimierung des Gebrauchs von Antibiotika setzte, war ein der Formierung neuer landwirtschaftlichen Strukturen folgender natürlicher Vorgang. Diese Entwicklung hat, bei allen Problemen, an die sich die seinerzeit in der Landwirtschaft tätigen Tierärzte sicher lebhaft erinnern werden, als Nebeneffekt dazu geführt, dass die heute unumgängliche Orientierung auf Tierartenspezialisierung in einer immer mehr präventiv tätigen Nutztiermedizin (integrierte Bestandsbetreuung) in den 70er und 80er Jahren in der DDR im Prinzip bereits vorweggenommen wurde.

Die Hochschulpolitik der 80er Jahre wurde durch einen Politbürobeschluss am 13. März 1980 unter dem Titel „Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ eingeläutet. Dort wird festgestellt, dass eine Generation von Wissenschaftlern herangewachsen ist, die von diesem Hochschulsystem geprägt sei. Die politischen und organisatorischen Gepflogenheiten und Regelmechanismen, vor allem auch der Führungsanspruch der SED würden als Realität mehr oder weniger akzeptiert und zumindest offiziell kaum in Frage gestellt. Auffällig bei dieser Formulierung ist, dass es dem Regime gar nicht mehr um das bedingungslose Akzeptieren seines Führungsanspruchs ging, sondern nur noch darum, dass dieser offiziell nicht in Frage gestellt wird. So kann man nicht umhin, der Staatssicherheit einen ideologiefernen Realitätssinn zu bescheinigen, wenn bei der Entscheidung über die Genehmigung beruflich motivierter Reisen ins westliche Ausland, etwa zu Kongressen, nicht die Parteimitgliedschaft des Antragstellers, sondern nur die Frage ein Rolle spielte, mit welcher Wahrscheinlichkeit der Reisende in die DDR zurückkehrt. In seinen Stasiunterlagen hat der Autor dieser Zeilen, damals Mitglied der SED, das Formblatt gefun-

den, auf dem die Gründe für seine eventuelle Rückkehr von der beantragten Kongressreise den Gründen für die Wahrscheinlichkeit seiner Flucht gegenübergestellt waren. Die beantragte Reise wurde abgelehnt. Aus der Sicht der Staatssicherheit eine richtige Entscheidung!

Die letzten Jahre bis zum Zusammenbruch

Politisch geriet das Regime mehr und mehr in die Defensive. Die Bürgerrechtsbewegungen wurden stärker, die Anzahl der Ausreiseanträge wuchs stetig und in der benachbarten Volksrepublik Polen schickte sich die Gewerkschaft Solidarnosc an, die kommunistische Partei zu entmachten. Dazu kamen, von der Bevölkerung der DDR nicht in ihrem ganzen Ausmaß wahrgenommen, Devisenprobleme, welche das Land, wie wir erst nach 1989 erfuhren, an den Rand des Staatsbankrotts führten. Die Politik der sozialen Wohltaten zur Befriedung der Bevölkerung hatte in die Pleite geführt.

Viel Aufsehen und Unverständnis bei denen, die das Ende der DDR herbeiwünschten, erregte 1983 der vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß arrangierte und von der Bundesregierung verbürgte Milliardenkredit. Der Autor dieser Zeilen hat, wie sicher viele andere auch, erst sehr spät begriffen, dass der Westen, beabsichtigt oder nicht, mit diesem Kredit der DDR ihre Handlungsfähigkeit abgekauft und ihren politischen Widerstand gebrochen hat. Vielleicht hat die durch den Kredit bewirkte Verlängerung der agonalen Phase der DDR letztendlich ihre gewaltfreie Beseitigung erst ermöglicht. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der DDR ohne die Moskauer Politik der Perestrojka wäre gewiss nicht friedlich abgelaufen.

Mit der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU im Jahre 1985 und seiner Politik von Glasnost und Perestrojka geriet die Führung der DDR unter einen Druck, dem sie sich in keinerlei Hinsicht gewachsen zeigte. Während es im Artikel 6 der Verfassung von 1974 noch heißt: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet“, ging man nun mehr und mehr auf Abstand. Nachdem jahrzehntelang gepredigt wurde „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, wurde der Reformkurs Michail Gorbatschows vom Chefideologen der

SED Kurt Hager als ein bloßer „Tapetenwechsel“ deklariert. Sogar die populärwissenschaftliche sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ wurde verboten, nachdem sie einen Artikel über den in der DDR-Geschichtsschreibung gelegneten Hitler-Stalin-Pakt gebracht hatte.

Die DDR trat parallel zum gesellschaftlichen Aufbruch in der Sowjetunion in eine Phase ihrer Existenz, die der Autor dieses Rückblicks als eine bleierne Zeit erlebt hat: In immer kürzeren Abständen reisten Freunde und Bekannte in den Westen aus. Andere wurden bei Fluchtversuchen festgenommen und wanderten ins Gefängnis. Seine nur mit einem Kanonenofen beheizbare Mansardenwohnung hatte seit Jahren ein undichtes Dach. Die Wartezeit auf ein neues Auto betrug inzwischen vierzehn Jahre. Einen Telefonanschluss hatte man neunzehn Jahre nach der Beantragung noch immer nicht. Das Regime bekannte sich demonstrativ zur Freundschaft mit dem rumänischen Diktator Ceausescu. Es genierte sich nicht einmal, bei der letzten Kommunal-Wahlfarce im Mai 1989 wieder ein Ergebnis von 98,85 Prozent von Egon Krenz herbeilügen zu lassen. Die blutige Beendigung der studentischen Proteste am 4. Juni 1989 auf dem Tian'anmen-Platz in Peking wurde anlässlich des 40. Jahrestages der Volksrepublik China am 1. Oktober 1989 von demselben Egon Krenz auch noch gerechtfertigt.

Die Aussichtslosigkeit, aus der von einer Politgerontokratie verhängten Geiselhaft für ein ganzes Volk zu entkommen, wurde zunehmend unerträglich. Es ging die Furcht um, dass wir im Ergebnis des wirtschaftlichen Niedergangs und des wachsenden Widerstands von Bürgerrechtsgruppen mit „rumänischen Verhältnissen“ der Verelendung und Unterdrückung rechnen müssen.

Der „Deutsche Herbst“ begann am 4. September 1989

Den auf den im September 1989 begonnenen Leipziger Montagsdemonstrationen eingeläuteten schnellen Sturz des Regimes hat wohl kaum jemand zu hoffen gewagt. Er war wahrscheinlich ohne die genaue Kenntnis der aussichtslosen wirtschaftlichen Lage der DDR auch nicht vorhersehbar. Das Erlebnis der eruptiven Emanzipation des Volkes wird allen, die dabei waren, unvergesslich bleiben. Es gehört zu den Sternstunden der Geschichte, dass die Führung der Sowjetunion ihre Hilfe bei der Niederschlagung der Proteste verweigerte, dass die Kommandeure der Armee und der Polizei, von ihrer politischen Führung in Berlin allein gelassen, Besonnenheit wahrten und dass die Demonstranten konsequent für den friedlichen Ablauf sorgten. Auf diesen Deutschen Herbst kann unser Land stolz sein!

Die noch heute hin und wieder beklagte Geschwindigkeit auf dem Weg zur Wiedervereinigung, hielt und hält der Verfasser dieses Textes noch immer für uneingeschränkt richtig. Die großartige Chance, die deutsche Einheit zu gewinnen, hätte angesichts der offenkundi-

gen zahlreichen Widerstände aus dem Ausland leicht verspielt werden können. Dem Kanzler der deutschen Einheit, Helmut Kohl, gebührt dafür der Dank der Deutschen. Der 3. Oktober 1990 war ein glücklicher Tag für unser Land. Die gefährliche Konfrontation der Militärböcke war beendet, der Frieden auf der Welt schien für unabsehbare Zeit gesichert und auch der Autor dieses Rückblicks glaubte in diesen ersten Jahren an die Formel des Politologen Francis Fukuyama³⁾ vom Ende der Geschichte.

Tierärzteschaft und Hochschulen im Anfang der Wiedervereinigung

Die ersten Jahre im wiedervereinigten Deutschland waren für die Menschen aus der untergegangenen DDR eine Zeit großer Herausforderungen. Der Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen stand auf der Tagesordnung. Die Treuhandanstalt der Bundesrepublik Deutschland betrieb die Privatisierung der Volkseigenen Betriebe. Sehr viele Betriebe wurden, wenn die Privatisierung nicht möglich war, geschlossen. Im Umfeld der Privatisierung kam es nicht selten zu Fördermittelmissbrauch und Wirtschaftskriminalität, wodurch das Ansehen der Treuhand beschädigt wurde und das Vertrauen in die Marktwirtschaft bei manchem von der Betriebschließung Betroffenen erste Risse bekam.

Die Tierärzte hatten sich als Angehörige eines freien Berufes mit dem Prinzip der Selbstverwaltung vertraut zu machen. Jeder, der am Aufbau der Tierärztekammern und Berufsverbände in den neuen Bundesländern beteiligt war, wird sich noch heute gern an die Begeisterung erinnern, mit der - unter vielfältiger Unterstützung durch die westlichen Kollegen - die Interessenvertretungen für die Tierärzte aufgebaut wurden. Für die ehemals in Staatlichen tierärztlichen Gemeinschaftspraxen tätigen Kollegen war der Schritt in die freie Niederlassung Chance und existenzielles Risiko zugleich.

An den Universitäten waren die frühen 90er Jahre durch die Hochschulerneuerung geprägt, deren Zielstellung und Instrumentarium sich aus dem Einigungsvertrag und entsprechenden Richtlinien der Bundesregierung ableiteten. Die Hochschulerneuerung umfasste die Bewertung der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Überprüfung von Personen und die Neubesetzung von Stellen. Die Überprüfung von Personen wurde mit dem Ziel durchgeführt, deren Eignung für die weitere Beschäftigung im öffentlichen Dienst festzustellen. Dazu erfolgte eine Überprüfung auf eventuelle frühere Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit durch die Gauck-Behörde. Personal- und Fachkommissionen hatten zu prüfen, welche Hochschullehrer und Mitarbeiter nicht über die erforderlichen Voraussetzungen für ihre Weiterbeschäftigung verfügten.

An der am 1. Juli 1990 wieder gegründeten Veterinärmedizinischen Fakultät der Univer-

³⁾ Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? (Verlag Kindler, München 1992)

sität Leipzig war das Ergebnis der fachlichen Überprüfung durch die Fachkommission positiv, d. h. kein Wissenschaftler musste die Fakultät wegen eines negativen Votums der Fachkommission verlassen. Die Ergebnisse der Tätigkeit der Personalkommission hingegen führten dazu, dass die Mehrzahl der Professoren die Fakultät durch Kündigung, Abberufung oder Übergang in den Vorruhestand verlassen hat. Die abrupte Beendigung ihrer Hochschullehrerlaufbahn war für die Betroffenen ein tiefer, auch mit Verletzungen verbundener Einschnitt in ihre Lebensplanung. Wenn diese Ereignisse nun auch schon fast zwei Jahrzehnte zurückliegen, so geben sie auch heute noch Anlass zum Nachdenken bei allen von der Hochschulerneuerung Betroffenen und daran Beteiligten. Nach Überzeugung des Autors dieser Zeilen, der unmittelbarer Zeuge dieser Ereignisse war, wird darüber erst nach Ablauf weiterer Jahrzehnte ein historisches Urteil zu sprechen sein.

Aufmerksamer Blick auf gesellschaftliche Schiefagen im heutigen Deutschland

Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Finanzkrise und ihrer noch gar nicht absehbaren realwirtschaftlichen Auswirkungen bekommt die Auseinandersetzung mit dem historischen Bild der DDR neuen Aufschwung. Ein erlebter oder auch nur befürchteter sozialer Abstieg aus der Mittelschicht durch Arbeitslosigkeit und Einkommensrückgang sowie prekäre Einkommensverhältnisse durch Ausweitung des Niedriglohnssektors führen bei den Betroffenen zur Verunsicherung und Neubewertung ihrer Erinnerung an den real existierenden Sozialismus. In jüngster Zeit wird die Frage aufgeworfen, ob die DDR mit dem Prädikat „Unrechtsstaat“ richtig beschrieben wird. Viele lehnen diese Bezeichnung aus dem Gefühl heraus ab, dass damit zugleich ihr in diesem Land gelebtes Leben abgewertet wird.

Das ist aber falsch. Natürlich ließ das Leben in der DDR Raum für persönliches Glück, für menschlichen Anstand, für das Ringen um Erfolg in Schule, Studium und Beruf, für die Erfahrung von Freundschaft und tiefer menschlicher Solidarität. Dennoch war die DDR kein Rechtsstaat. Ohne sich an dieser Stelle auf rechtstheoretische Hintergründe einzulassen, ist es evident, dass den Einwohnern der DDR eine Vielzahl von Grund- und Freiheitsrechten vorenthalten wurde. Es fehlten u. a. die Unabhängigkeit der Gerichte, die Rede- und Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Informationsfreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Schutz des Brief- und Postgeheimnisses, die Ausreisefreiheit, die Religionsfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Kunst, das Recht auf gerichtliche Kontrolle des Verwaltungshandelns (Verwaltungsgerichtsbarkeit).

Dass die übergroße Mehrheit der Menschen diese DDR nicht mehr wollte, zeigen die nur 16,4 Prozent Stimmen für die PDS bei den letzten Volkskammerwahlen am 18. März 1990, die zugleich die ersten freien Wahlen in diesem

Lande waren. Die Menschen wollten endlich reisen, hatten die mehr als tausend Toten an Mauer und Stacheldraht sowie die 200000 politischen Gefangenen zwischen 1960 und 1989 nicht vergessen, wollten nicht mehr mit lächerlichen 99,9 Prozent-Wahlergebnissen verhöhnt werden, erwarteten ein Ende von Umweltzerstörung und Verfall der Städte, hatten ideologische Bevormundung, allgegenwärtiges Misstrauen und Bespitzelung satt und - sie wollten teilhaben am Wohlstand der alten Bundesrepublik, den sie von der allabendlichen „Auswanderung“ über das Westfernsehen kannten.

Seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 ist eine Aufbauleistung in den neuen Bundesländern vollbracht worden, die der Autor dieses Textes angesichts des Zustandes der Industrie, der Städte und Dörfer und auch der Universitäten sowie der Infrastruktur der DDR nicht für möglich gehalten hat. Leider tragen im Bewusstsein der Menschen die erreichten Fortschritte nicht immer die erhofften Früchte.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. So ist in den neuen Bundesländern das Gefühl weit verbreitet, dass an die Biographien der Menschen im Osten und im Westen nicht immer die gleichen Maßstäbe angelegt werden. Beispielsweise relativiert sich die Frage, ob eine Lehrerin, die in der DDR als Pionierleiterin an einer Schule tätig war, nach 1990 im öffentlichen Dienst beschäftigt werden konnte, angesichts der Tatsache, dass eine Vergangenheit als Straßenkämpfer in Frankfurt-Westend oder die Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund Westdeutschland durchaus mit einer Karriere als Bundesminister vereinbar ist.

Problematisch erscheint auch, dass es der politischen Klasse der Bundesrepublik offenbar nicht gelingt, mit negativen Entwicklungen fertig zu werden, Entwicklungen wie z. B. die um sich greifende Verrohung in vielen Lebensbereichen und die Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens durch zügellose Gier verantwortungsloser Manager. Es soll hier keineswegs dem Gleichheitsfetischismus der DDR das Wort geredet werden, aber eine Gesellschaft, in der immer mehr Reichtum bei Wenigen auf Kosten des wirtschaftlichen Abstiegs von Vielen produziert wird, kann nicht überleben. Es ist eine anthropologische Konstante, dass Menschen auf Dauer nur friedlich zusammenleben können, wenn sie gesellschaftliche Regelwerke beachten. Die Menschen der untergegangenen DDR haben für die Symptome gefährlicher gesellschaftlicher Schief lagen eine geschärfte Sensorik. Und sie hoffen, wie alle Menschen, für sich, ihre Kinder und Kindeskinde, dass die nach Jahrzehnten der Diktatur endlich gewonnene Demokratie nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. med. vet. habil. Franz-Viktor Salomon, Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig, Veterinär-Anatomisches Institut, An den Tierkliniken 43, 04103 Leipzig, salomon@vetmed.uni-leipzig.de